



SPECIAL FEATURE

III. WSI-KINDERARMUTSBERICHT:

KINDERARMUT & FLÜCHTLINGSKRISE

Eric Seils & Jutta Höhne¹

Deutschland hatte in den vergangenen Jahren einen hohen Flüchtlingszustrom zu verzeichnen. 2015 war der Höhepunkt dieser Entwicklung. Gleichzeitig hat die Kinderarmut wieder etwas zugenommen: Sie stieg von 19,0 Prozent im Jahr 2014 auf 19,7 Prozent im Jahr 2015. Die stärkere Verarmung von Kindern lässt sich nicht nur an den Armutsquoten, sondern auch an der absoluten Zahl der armen Kinder festmachen. Lebten zu Beginn des Jahrzehntes 2,381 Millionen Kinder in armen Haushalten, so sind es nach den aktuellen Zahlen 2,547 Millionen. Besonders auffällig war die Entwicklung zwischen 2014 und 2015: Die Kinderarmutsquote ist um 0,7 Prozentpunkte gestiegen, das sind 77.000 arme Kinder mehr als im Vorjahr. Die Entwicklung variiert regional jedoch beträchtlich. Im Westen liegt der Zuwachs gegenüber dem Vorjahr bei einem halben Prozentpunkt, während es im Osten 1,4 Prozentpunkte sind. Vor diesem Hintergrund befasst sich der III. WSI-Bericht zur Kinderarmut in Deutschland in diesem Jahr mit den folgenden Fragen:

- Welchen Einfluss hat die Flüchtlingskrise auf die Verbreitung von Kinderarmut?
- Wo leben die armen Kinder?

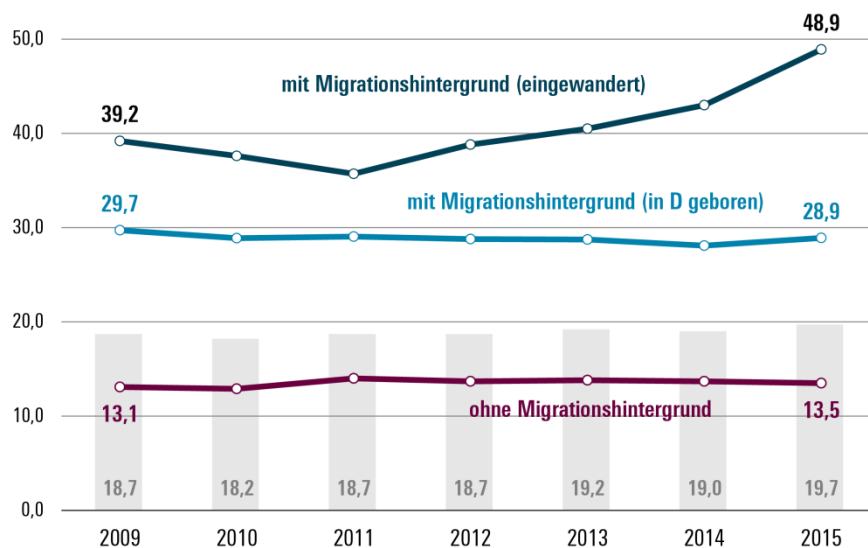
¹ Wir danken Florian Götsche, Olga Pötzsch und Ernst Schulte-Holtey für wertvolle Hinweise und Hilfen bei der Erstellung des Papiers.

Welchen Einfluss hat die Flüchtlingswelle auf die Kinderarmut?

Nach der Definition der EU gelten Menschen als armutsgefährdet, wenn sie weniger als 60 Prozent des mittleren bedarfsgewichteten Einkommens zur Verfügung haben. Für eine Familie mit zwei Kindern unter 14 Jahren lag die Armutsgrenze 2015 bei 1.978 Euro. Ein Blick auf die Abbildung zeigt, dass die Kinderarmut in den Jahren der Flüchtlingskrise insgesamt etwas angestiegen ist. Das Armutsrisiko von Kindern und Jugendlichen ohne Migrationshintergrund ist jedoch in diesem Zeitraum leicht gesunken. Im Hinblick auf die Kinder und Jugendlichen, die zwar einen Migrationshintergrund haben, aber in Deutschland geboren wurden, ist keine nennenswerte Veränderung des Armutsrisikos festzustellen. Allein in der relativ kleinen Gruppe der Minderjährigen, die selbst in die Bundesrepublik eingewandert sind, hat sich die Armut zwischen 2011 und 2015 von 35,7 auf 48,9 Prozent rasant ausgebreitet. Dies legt nahe, dass der gesamte Zuwachs der Kinderarmut auf das hohe Armutsrisiko der in den letzten fünf Jahren eingewanderten Personen unter 18 Jahren zurückzuführen ist.

Kinderarmut nach Migrationshintergrund (in Prozent), 2009–2015

Anteil von Personen unter 18 Jahren mit einem Äquivalenzeinkommen unterhalb der Armutsgrenze



Daten: Mikrozensus

Quelle: Sonderauswertung IT.NRW, eigene Berechnungen

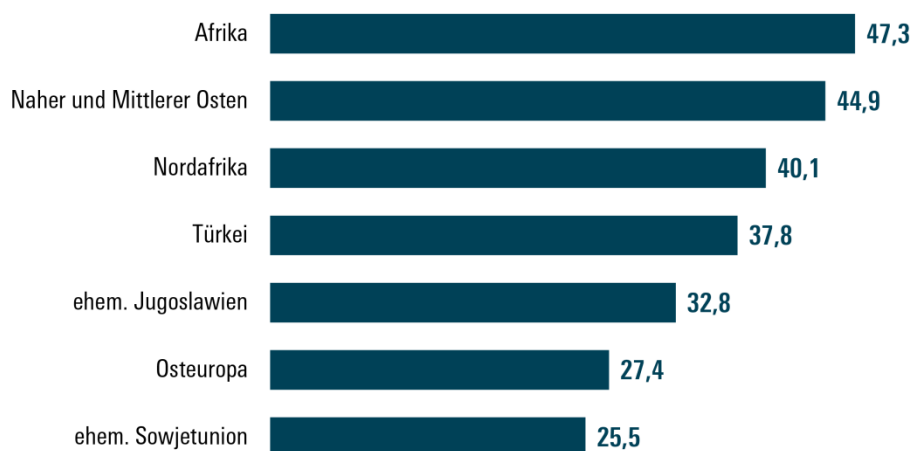
■ Bundesrepublik insgesamt



Der Einfluss der letzten Einwanderungswelle zeigt sich auch bei einer Gliederung nach Herkunftsregion: Der Großteil der Neueingewanderten ist aus Afrika sowie vor allem aus den Krisengebieten des Nahen und Mittleren Ostens zu uns gekommen. Neueingewanderte Minderjährige aus diesen Regionen sind auch bei weitem am stärksten von Armut betroffen: Die Armutsquote liegt unter Kindern und Jugendlichen mit einem Migrationshintergrund aus Afrika bei 47,3 Prozent, aus dem Nahen und Mittleren Osten bei 44,9 Prozent. Aber auch unter den Kindern und Jugendlichen, die einen osteuropäischen Migrationshintergrund haben, ist das Armutsrisiko noch mehr als doppelt so hoch (27,4 Prozent) wie unter den Minderjährigen ohne Migrationshintergrund (13,5 Prozent).

Kinderarmut nach Herkunftsregion (in Prozent), 2015

Anteil von Personen unter 18 Jahren mit einem Äquivalenzeinkommen unterhalb der Armutsgrenze



Daten: Mikrozensus
Quelle: Sonderauswertung IT.NRW



Anmerkungen: Nordafrika umfasst Ägypten, Libyen, Tunesien, Algerien und Marokko. Der Nahe und Mittlere Osten umfasst Armenien, Aserbaidschan, Bahrain, Georgien, Irak, Iran, Israel, Jemen, Jordanien, Kasachstan, Katar, Kirgisistan, Kuwait, Libanon, Oman, Saudi-Arabien, Syrien, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan und die Vereinigten Arabischen Emirate. Die Nachfolgestaaten Jugoslawiens sind Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Kroatien, Mazedonien, Serbien und Slowenien. Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion sind Estland, Lettland, Litauen, Moldawien, Russland, Ukraine und Weißrussland. Osteuropa ohne die ehemaligen Gebiete Jugoslawiens und der Sowjetunion.

Diese Unterschiede lassen sich auf zweierlei Gründe zurückführen: Erstens spielen herkunftslandspezifische Muster der Erwerbsbeteiligung insbesondere von Frauen eine Rolle: je niedriger die Erwerbsbeteiligung einer Bevölkerungsgruppe, desto höher ihr Armutsrisiko (Seils 2016). Zweitens ist der je nach Herkunftsregion unterschiedliche Anteil der Eingewanderten an den Migrantenkinder von Bedeutung, weil Einwanderer ein viel höheres Armutsrisiko tragen als jene Kinder mit Migrationshintergrund, die hier geboren wurden. So weisen Kinder und Jugendliche, die selbst aus dem Nahen und Mittleren Osten bzw. Afrika eingewandert sind, mit 72,9 bzw. 61,8 Prozent extrem hohe Armutsrisikoquoten auf. Zudem sind unter ihnen sehr viele Flüchtlingskinder, die ganz besonders armutsgefährdet sind und die hohen Armutsquoten für Kinder aus diesen Regionen erklären (Seils und Höhne 2016b, S. 2-3).

Wo leben die armen Kinder?

Am weitesten verbreitet ist die Kinderarmut nach wie vor in Bremen (34,2 Prozent), Berlin (29,8 Prozent) und Mecklenburg-Vorpommern (29,0 Prozent). Die Regierungsbezirke mit den geringsten Anteilen armer Kinder sind Oberbayern (10,0 Prozent), Tübingen (10,6 Prozent) und die Oberpfalz (11,0 Prozent).

Erstmals seit zehn Jahren gibt es in Deutschland keinen Regierungsbezirk mehr, in dem weniger als jedes zehnte Kind armutsgefährdet ist. Die Verschlechterung der Situation zeigt sich auch daran, dass die Zahl der Regierungsbezirke, in denen mehr als ein Viertel der Minderjährigen unter der Armutsgrenze leben, von sechs auf acht gestiegen ist. Wie die Karte zeigt, liegen fünf dieser (ehemaligen) Regierungsbezirke im Osten und drei im Westen.

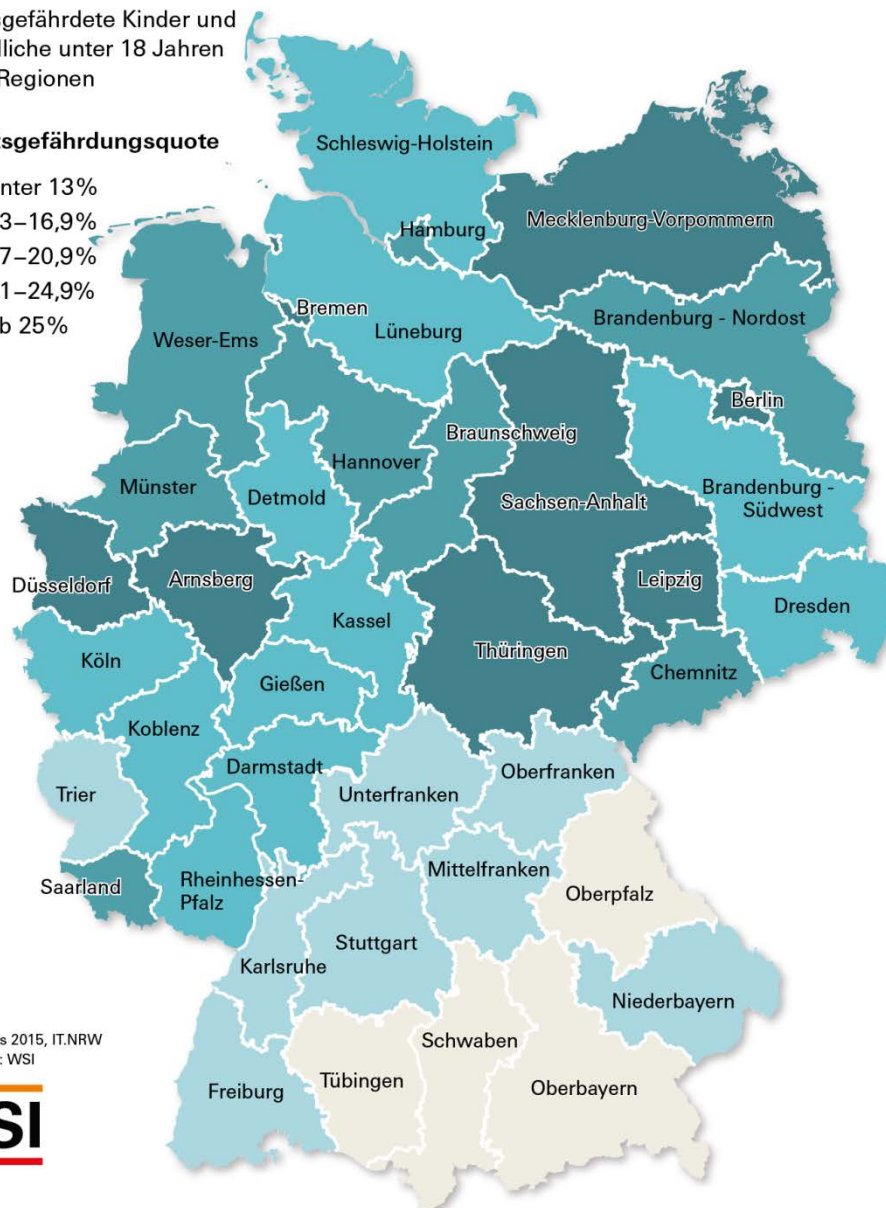
Doch nun zur Entwicklung in ausgewählten Regionen:

Kinderarmut in Deutschland 2015

Armutsgefährdete Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren in den Regionen

Armutsgefährdungsquote

- unter 13%
- 13–16,9%
- 17–20,9%
- 21–24,9%
- ab 25%



Quelle:
Mikrozensus 2015, IT.NRW
Darstellung: WSI



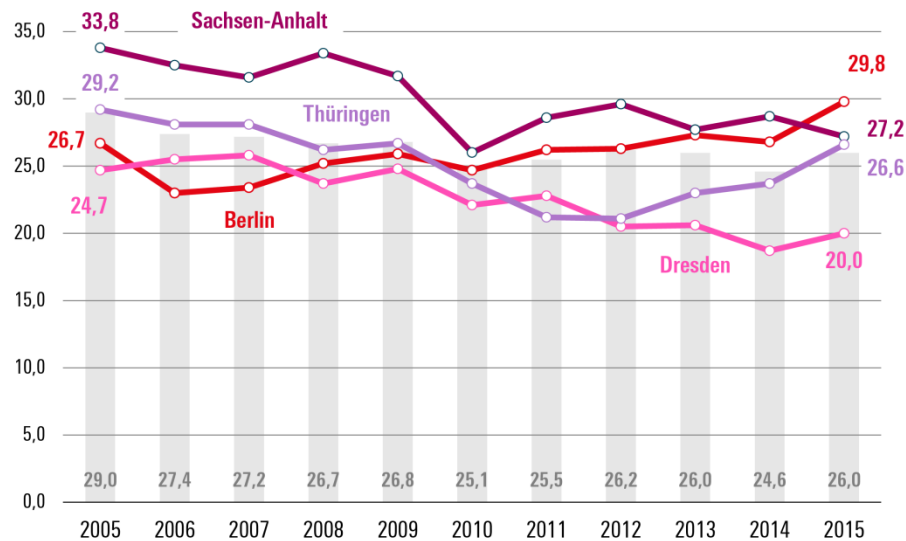
Berlin und der Osten Deutschlands

In Ostdeutschland hat die Kinderarmut seit 2005 insgesamt deutlich abgenommen, trotz des Anstiegs im vergangenen Jahr. Berlin ist jedoch die große Ausnahme von diesem Trend: Dort steigt die Kinderarmutsquote seit 2006 recht kontinuierlich an. Zwischen 2014 und 2015 hat sich die Armutsquote der Berliner Kinder um 3 Prozentpunkte auf 29,8 Prozent erhöht. Damit wurde der höchste Wert seit Beginn der Zeitreihe im Jahre 1996 erreicht (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2014). Von allen armen Kindern in den neuen Bundesländern lebt über ein Viertel (26,5 Prozent) in Berlin. Der Anstieg der Kinderarmut in Berlin wurde durch zwei Faktoren begünstigt: Erstens dürfte die starke Zuwanderung in den letzten Jahren zu dieser Entwicklung beigetragen haben. So hat sich der Anteil der eingewanderten Ausländer an der Berliner Gesamtbevölkerung seit 2011 um 3,2 Prozentpunkte auf 12,8 Prozent im Jahre 2015 erhöht. Zweitens haben sich die (bedarfsgewichteten) privaten Einkommen in Berlin im Vergleich zum Bundesdurchschnitt schwach entwickelt.

Wie die folgende Abbildung zeigt, kontrastiert die Entwicklung in Berlin insbesondere mit der in Sachsen-Anhalt: Dort ist der Anteil der Kinder, die in Einkommensarmut leben, seit 2005 um 6,6 Prozentpunkte auf nunmehr 27,2 Prozent gesunken. Auch in der Region Dresden ist die Armutsquote stetig zurückgegangen und auf 20 Prozent gefallen. An beiden Regionen ist die Einwanderungswelle der letzten Jahre weitgehend vorbeigegangen. Dies gilt auch für Thüringen: In diesem Regierungsbezirk nimmt die Kinderarmut allerdings seit Jahren zu. Der Grund für den zuletzt sprunghaften Anstieg um 2,9 Prozentpunkte auf 26,6 Prozent liegt in der schwachen Entwicklung des Arbeitsmarktes. Trotz der nur geringfügigen Einwanderung ist die Erwerbstätigenquote dort zuletzt stärker gesunken als in allen anderen Regionen.

Berlin und der Osten

Anteil von Personen unter 18 Jahren mit einem Äquivalenzeinkommen unterhalb der Armutsgrenze



Daten: Mikrozensus
Quelle: Sonderauswertung IT.NRW

■ neue Bundesländer (inkl. Berlin)

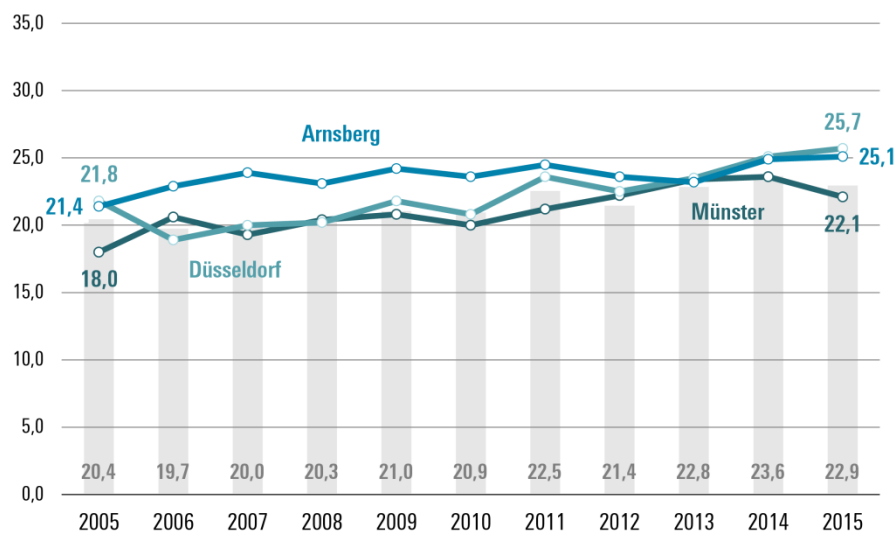
WSI

Kinderarmut in NRW sinkt gegen den Bundestrend

Erfreuliches ist aus Nordrhein-Westfalen zu berichten. Dort hat sich der langjährige Anstieg der Kinderarmut im Jahre 2015 nicht fortgesetzt, im Gegenteil: Die Kinderarmut ist in NRW um 0,7 Prozentpunkte zurückgegangen, während sie im Bundesdurchschnitt um 0,7 Prozentpunkte zugenommen hat. Der Einwandereranteil an der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen ist im regionalen Vergleich durchschnittlich angewachsen. Die erfreuliche Bilanz gilt auch für den Regierungsbezirk Münster, wo sich lange Zeit der recht kontinuierliche Anstieg der Kinderarmut in diesem Jahr nicht fortgesetzt hat. Ursächlich dürfte die positive Entwicklung des Arbeitsmarktes in der Region sein. Zuletzt hat dort die Beschäftigung weiter zugenommen und die Arbeitslosenquote ist gesunken.

Kinderarmut in NRW sinkt gegen den Trend

Anteil von Personen unter 18 Jahren mit einem Äquivalenzeinkommen unterhalb der Armutsgrenze



Daten: Mikrozensus
Quelle: Sonderauswertung IT.NRW

■ Nordrhein-Westfalen

WSI

Eine starke – und vom Mikrozensus erfasste – Einwanderung ist 2015 vor allem im Regierungsbezirk Düsseldorf zu verzeichnen gewesen – eine Region mit großen Arbeitsmarktproblemen. Dort ist die Kinderarmut um 0,6 Prozentpunkte auf 25,7 Prozent angestiegen. Auch im Regierungsbezirk Arnsberg ist ein geringfügiger Anstieg der Kinderarmut zu verzeichnen, der jedoch auf die auch in dieser Region schwache Arbeitsmarktentwicklung zurückzuführen sein dürfte.

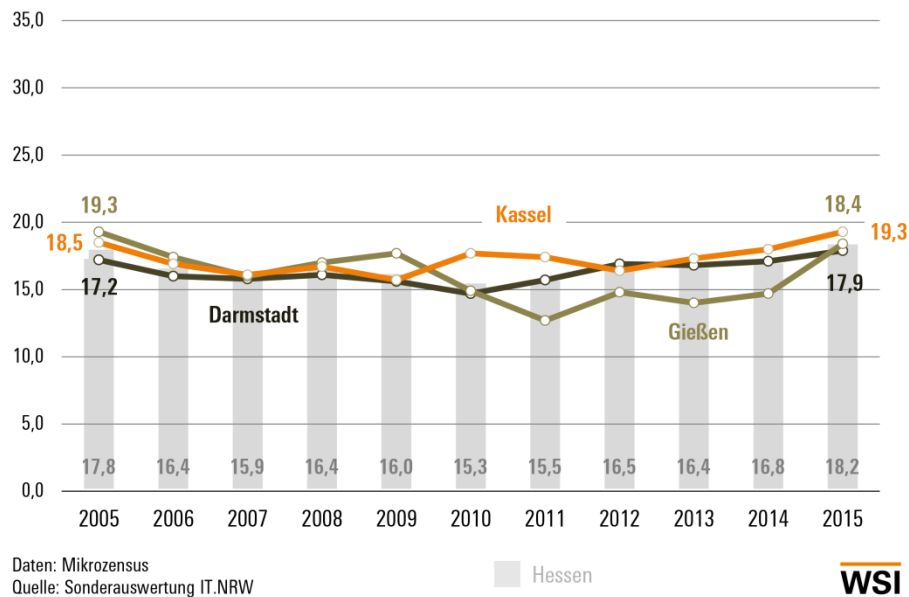
Hessen

Hessen weist mit 18,2 Prozent im regionalen Vergleich derzeit ein unterdurchschnittliches Armutsrisiko auf. Dies spiegelt die noch immer leicht überdurchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen der privaten Haushalte in Hessen wider, die jedoch, gemessen am Bundesdurchschnitt, schon seit längerem im Sinkflug sind. Nach dem Rückgang des Armutsrisikos zwischen 2005 und 2010

ist seit dem Einsetzen der Flüchtlingswelle ein Wiederanstieg zu verzeichnen: Dies zeigt sich besonders im kleinen Regierungsbezirk Gießen, in dem der Anteil der Einwanderer an der Gesamtbevölkerung zuletzt stärker gestiegen ist als in allen anderen Regionen Deutschlands. In Kombination mit einer schwachen Arbeitsmarktentwicklung begünstigte dies 2015 den starken Anstieg der Kinderarmut um 3,7 Prozentpunkte.

Kinderarmut in Hessen

Anteil von Personen unter 18 Jahren mit einem Äquivalenzeinkommen unterhalb der Armutsgrenze



Der Regierungsbezirk Darmstadt stellt einen Großteil der Gesamtbevölkerung Hessens. Es kann daher nicht überraschen, dass die Kinderarmutsquote dieser Region im Wesentlichen der des gesamten Bundeslandes entspricht. Im Regierungsbezirk Kassel überrascht der recht deutliche Anstieg der Kinderarmut, da die Einwanderung hier nur einen bestenfalls durchschnittlichen Einfluss gehabt haben kann. Dies macht deutlich, dass regionale Entwicklungen von Armutsquoten *im Zeitverlauf* mit Vorsicht interpretiert werden müssen, da schon kleine (stichprobenbedingte) Schwankungen der Armutsquote in einzelnen Regionen erhebliche Auswirkungen auf die gemessene Armutsquote haben können. Die folgende Analyse wendet sich den weitaus stabileren Unterschieden *im regionalen Vergleich* zu.

Woher rühren diese Unterschiede...

... und welchen Einfluss hat der Ausländeranteil auf die regionale Verbreitung von Kinderarmut? Mit Hilfe der drei Modelle in Tabelle 1 soll diesen Fragen nachgegangen werden. Ausgangspunkt ist die Vorstellung, dass sich die regionalen Unterschiede hinsichtlich der Verbreitung relativer Einkommensarmut bei Kindern einerseits auf das durchschnittliche Einkommensniveau des Regierungsbezirks und andererseits auf die Verbreitung sozialer Risiken zurückführen lassen.

Tabelle 1: Ursachen regionaler Unterschiede, 2014*Abhängige Variable: Armutsquote von Personen unter 18 Jahren*

	(1)	(2)	(3)
Pro-Kopf-Einkommen in €	-0,02*** (0,00)	-0,03*** (0,00)	-0,00* [0,00]
Prozent Ausländerkinder		0,69** (0,26)	0,10 [0,26]
Stabilität von Ehen		0,38*** (0,12)	0,17** [0,08]
Arbeitslosenquote in Prozent			1,37*** [0,21]
Konstante	62,3***	58,9***	14,2
R ²	0,45	0,74	0,87
Prob. > F	0,00	0,00	0,00
N	39	39	39

Quellen: Statistisches Bundesamt (Regionaldatenbank), (Statistisches Bundesamt 2015b), eigene Berechnungen
 Anmerkungen: [Robuste] Standardfehler in Klammern. In Modell 3 musste die Homoskedastizitätsannahme aufgegeben werden, weshalb auf robuste Standardfehler zurückgegriffen wurde. Die Normalitätsannahme kann in allen drei Modellen aufrechterhalten werden.

Hypothesen und Daten: Je höher das Einkommensniveau in einem Regierungsbezirk, desto niedriger sollte die Armutsquote der Kinder ausfallen. Analog zur Armutsmessung wird in der Analyse auf das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte zurückgegriffen, welches auf der Ebene von Kreisen in Pro-Kopf-Beträgen vorliegt. Aus der Literatur geht hervor, dass Kinder mit Migrationshintergrund und insbesondere Einwanderer ein hohes Armutsrisiko tragen (Statistisches Bundesamt 2015a, S. 343; Fuhr 2012). Auf der Basis amtlicher Daten kann diese Risikogruppe über den Anteil von Personen mit nichtdeutscher Staatsbürgerschaft an der Bevölkerung in der Altersgruppe unter 18 Jahren operationalisiert werden. Ein weiterer, in Studien belegter Faktor ist das Zerbrechen von Familien: Alleinerziehende und deren Kinder sind besonders armutsgefährdet (Tophoven et al. 2016, S. 18-20). Zum Anteil von Alleinerziehenden liegen in der amtlichen Statistik jedoch keine ausreichend regional gegliederten Statistiken vor. Aus diesem Grunde wird ein Indikator verwendet, der die Instabilität von Ehen durch die Relation von Scheidungen zu Eheschließungen im jeweiligen Regierungsbezirk misst. Schließlich soll die Rolle des Arbeitsmarktes beleuchtet werden. Die Arbeitslosenquote basiert auf Daten der Bundesagentur für Arbeit und setzt die Zahl der Arbeitslosen in Relation zur Summe aus sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und Arbeitslosen.²

Ergebnisse: Das Modell 1 zeigt, dass regionale Wohlstandsunterschiede der privaten Haushalte einen substantiellen Anteil der Varianz bei der Verbreitung von Kinderarmut aufklären können. Im zweiten Modell werden zusätzlich die Wirkungen sozialer Risiken untersucht. Erwartungsgemäß zeigt sich, dass instabilere Ehen und ein größerer Bevölkerungsanteil ausländischer Kinder mit einem höheren Armutsrisiko von Minderjährigen einhergehen. Das Modell 3 bezieht schließlich die Lage am Arbeitsmarkt in die Analyse ein. Nach Berücksichtigung der Arbeitslosenquote werden alle übrigen Koeffizienten deutlich kleiner und der Anteil der Ausländerkinder verliert seine Signifikanz

² Der übliche Bezug auf die zivile Erwerbsbevölkerung ist nicht möglich, weil diese Kennziffern auf der Kreisebene nicht vorliegen. Letzteres ist aber erforderlich, weil die Daten für Brandenburg Nordost und Südwest aus Kreisdaten konstruiert werden müssen.

sogar gänzlich. Diese Resultate legen nahe, dass die Wirkung der ausländischen Staatsbürgerschaft und der privaten Haushaltseinkommen über den Arbeitsmarkt vermittelt sind. Ein Großteil des privaten Haushaltseinkommens insbesondere in den unteren Schichten ist Arbeitseinkommen. Je höher die Arbeitslosigkeit, desto schwerer fällt es gerade den Ausländern, ein Einkommen oberhalb der Armutsgrenze zu erwirtschaften.

Fazit

Die große Einwanderung des Jahres 2015 hat einen deutlichen Anstieg der Kinderarmut mit sich gebracht. Dieser setzte sich in Abhängigkeit von der konjunkturellen Situation und der Arbeitsmarktlage in zahlreichen Regionen fort. Während sich die Situation in Sachsen-Anhalt und Nordrhein-Westfalen gebessert hat, sind in den Regionen Gießen, Berlin und Thüringen steigende Armutsquoten zu verzeichnen. Bei alledem ist das Armutsrisiko der einheimischen Kinder jedoch praktisch unverändert geblieben, während die Einwandererkinder derzeit oft in Armut leben müssen. Zunächst einmal sollte im Vordergrund stehen, dass diese Kinder nun in Sicherheit sind. Mittelfristig ist es jedoch erforderlich, die Flüchtlinge zu Löhnen und Bedingungen in Arbeit zu bringen, die ihnen ein Leben oberhalb der Armutsgrenze ermöglicht. Dies erfordert weiterhin große Anstrengungen bei der Qualifizierung.

Armutsquoten der Kinder unter 18 Jahren nach (ehem.) Regierungsbezirken, 2005-2015 in %

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Baden-Württemberg	12,9	12,1	12,0	11,9	12,9	13,2	13,1	13,2	12,6	12,7	13,4
Freiburg	12,2	9,6	8,7	11,1	12,2	12,3	11,7	12,8	12,7	12,1	13,7
Karlsruhe	13,6	13,3	13,5	12,6	15,0	15,0	14,1	14,7	13,7	14,1	14,4
Stuttgart	13,2	13,1	12,8	12,2	13,1	13,3	14,2	13,8	13,5	13,0	13,9
Tübingen	12,3	11,3	12,1	11,0	10,2	11,5	10,7	10,0	8,8	10,5	10,6
Bayern	13,9	12,8	12,8	12,2	12,5	11,6	11,6	11,6	11,6	11,9	12,3
Mittelfranken	16,7	15,6	15,7	16,0	15,4	12,9	15,5	14,0	14,2	16,0	16,9
Niederbayern	12,9	12,1	12,2	11,9	10,4	10,6	9,5	10,1	11,8	14,0	14,0
Oberbayern	11,7	10,3	10,6	9,8	9,9	9,5	10,0	10,0	10,1	9,1	10,0
Oberfranken	17,0	15,5	15,9	13,9	17,0	15,4	14,4	16,2	13,0	14,2	13,8
Oberpfalz	14,3	12,6	12,0	10,6	14,9	12,5	9,4	9,9	10,1	9,6	11,0
Schwaben	13,3	13,0	13,1	13,7	12,1	11,7	12,3	11,5	12,1	13,1	12,3
Unterfranken	15,9	15,4	14,3	13,2	14,6	14,1	12,9	13,0	12,2	12,4	13,0
Berlin	26,7	23,0	23,4	25,2	25,9	24,7	26,2	26,3	27,3	26,8	29,8
Brandenburg	26,9	26,9	23,4	21,0	21,5	20,9	21,0	24,8	23,8	21,4	22,1
BB-NO	28,1	30,4	25,2	24,0	24,7	23,4	24,3	26,3	25,6	23,4	24,1
BB-SW	25,9	23,9	21,9	18,4	18,7	18,8	18,4	23,7	22,5	19,8	20,5
Bremen	34,9	31,3	26,3	32,7	28,6	31,3	31,8	33,2	35,9	33,1	34,2
Hamburg	23,2	21,2	20,9	22,0	21,7	19,9	21,9	21,2	23,2	20,4	21,0
Hessen	17,8	16,4	15,9	16,4	16,0	15,3	15,5	16,5	16,4	16,8	18,2
Darmstadt	17,2	16,0	15,8	16,1	15,6	14,7	15,7	16,9	16,8	17,1	17,9
Gießen	19,3	17,4	16,0	17,0	17,7	14,9	12,7	14,8	14,0	14,7	18,4
Kassel	18,5	16,9	16,1	16,7	15,7	17,7	17,4	16,4	17,3	18,0	19,3
Mecklenburg Vorpommern	34,2	32,6	34,3	34,5	32,8	29,9	30,0	33,0	33,2	26,9	29,0
Niedersachs.	20,7	21,6	21,3	21,5	20,8	20,5	20,4	20,5	20,2	19,7	21,6
Braunschweig	19,2	19,9	19,3	18,9	19,5	21,2	19,3	20,4	21,5	22,0	23,3
Hannover	21,2	22,0	23,3	22,5	22,8	22,4	22,2	21,2	21,3	20,6	23,7
Lüneburg	21,1	19,1	18,5	19,7	17,6	16,7	17,5	18,6	17,7	16,5	17,9
Weser-Ems	20,9	23,8	22,8	23,6	22,3	21,3	21,5	21,5	20,4	19,8	21,5
NRW	20,4	19,7	20,0	20,3	21,0	20,9	22,5	21,4	22,8	23,6	22,9
Arnsberg	21,4	22,9	23,9	23,1	24,2	23,6	24,5	23,6	23,2	24,9	25,1
Detmold	19,9	18,1	19,2	18,0	17,9	20,7	20,8	17,4	19,1	21,1	19,8
Düsseldorf	21,8	18,9	20,0	20,2	21,8	20,8	23,6	22,5	23,5	25,1	25,7
Köln	19,5	18,2	17,7	19,0	19,4	19,2	21,2	20,0	23,4	21,9	20,0
Münster	18,0	20,6	19,3	20,4	20,8	20,0	21,2	22,2	23,4	23,6	22,1
Rheinl.-Pfalz	17,7	16,6	17,1	18,2	18,2	19,1	19,1	18,2	19,6	19,9	19,4
Koblenz	19,4	18,5	19,9	21,1	19,8	20,5	20,7	19,4	20,1	20,0	19,3
Rheinl.-Pfalz	17,2	16,1	16,9	17,9	18,3	19,7	19,3	18,8	20,5	21,3	20,9
Trier	14,3	12,6	(10,3)	(10,8)	13,3	12,9	13,4	(12,3)	14,5	(13,6)	(13,7)
Saarland	19,3	21,4	21,1	18,6	19,5	16,5	19,4	18,9	19,5	21,4	23,6
Sachsen	27,2	26,3	27,4	25,1	26,1	26,3	26,2	25,0	24,2	22,3	23,0
Chemnitz	28,6	26,6	27,7	23,9	25,3	26,9	27,7	26,7	25,2	22,9	23,1
Dresden	24,7	25,5	25,8	23,7	24,8	22,1	22,8	20,5	20,6	18,7	20,0
Leipzig	29,4	27,3	29,5	29,5	29,5	32,6	29,5	29,9	28,4	27,0	27,6
Sachsen-Anhalt	33,8	32,5	31,6	33,4	31,7	26,0	28,6	29,6	27,7	28,7	27,2
Schles.-Holst.	17,8	16,1	15,6	16,9	17,2	16,0	15,8	15,5	18,3	17,6	18,7
Thüringen	29,2	28,1	28,1	26,2	26,7	23,7	21,2	21,1	23,0	23,7	26,6
Deutschland	19,5	18,6	18,4	18,4	18,7	18,2	18,7	18,7	19,2	19,0	19,7

Quelle & Anmerkung: Ergebnisse des Mikrozensus, IT.NRW, () statistisch unsicher

Armutsgefährdete Kinder unter 18 Jahren nach (ehemaligen) Regierungsbezirken in Tsd.

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Baden-Württemb.	262	241	236	231	246	246	241	242	229	229	242
Freiburg	52	41	36	46	49	48	46	50	50	46	51
Karlsruhe	66	65	65	60	70	68	62	65	60	62	63
Stuttgart	98	95	92	88	93	92	100	96	93	89	95
Tübingen	46	41	43	37	34	36	34	31	26	33	33
Bayern	315	291	286	267	268	244	245	243	240	245	253
Mittelfranken	49	47	47	47	43	35	44	39	40	45	47
Niederbayern	30	27	26	26	22	22	19	20	23	26	27
Oberbayern	87	78	81	74	73	70	75	75	74	67	74
Oberfranken	33	30	29	24	29	24	23	27	22	24	23
Oberpfalz	29	25	23	20	28	23	17	18	18	16	18
Schwaben	46	43	43	44	39	37	39	37	38	41	38
Unterfranken	40	40	35	31	34	32	28	28	25	25	26
Berlin	135	114	114	121	124	119	130	134	143	142	161
Brandenburg	101	96	80	69	69	68	71	86	84	76	79
BB-NO	49	50	40	38	37	36	36	40	39	36	38
BB-SW	53	46	40	32	32	32	35	46	45	40	41
Bremen	36	32	27	33	28	31	32	33	36	33	34
Hamburg	62	57	57	59	57	52	58	57	62	57	58
Hessen	192	174	166	169	163	153	156	165	163	168	181
Darmstadt	113	104	102	103	99	91	100	108	107	109	115
Gießen	38	33	30	31	31	25	23	26	24	25	32
Kassel	41	37	34	35	33	36	33	31	32	34	35
Meck.-Vorpom.	87	78	78	73	68	62	64	73	75	62	68
Niedersachs.	310	317	308	307	292	280	274	275	265	255	277
Braunschweig	54	57	54	50	49	53	49	51	52	52	56
Hannover	80	79	83	80	80	78	77	73	73	69	80
Lüneburg	70	64	62	64	57	52	53	58	52	49	52
Weser-Ems	106	117	110	114	105	97	96	94	88	85	89
NRW	678	643	639	636	647	627	671	630	667	684	654
Arnsberg	145	155	156	150	152	147	149	138	138	145	139
Detmold	80	71	74	68	67	76	76	63	70	76	70
Düsseldorf	204	172	177	176	185	174	195	185	189	203	205
Köln	156	144	139	145	145	139	152	144	166	155	142
Münster	91	101	93	97	98	91	98	101	105	105	98
Rheinland-Pfalz	132	121	122	128	123	125	125	118	126	126	123
Koblenz	55	50	54	57	51	52	53	49	49	46	45
Rhein.-Pfalz	63	59	58	61	61	63	61	59	65	69	68
Trier	13	12	(10)	(10)	12	11	11	(10)	11	(11)	(11)
Saarland	34	36	35	30	30	25	29	27	28	31	33
Sachsen	159	148	148	131	133	136	143	139	139	130	136
Chemnitz	61	55	56	46	47	50	55	52	52	47	50
Dresden	58	57	55	50	51	46	50	46	47	44	47
Leipzig	39	35	37	36	36	40	39	41	40	39	39
Sachsen-Anhalt	117	107	97	96	89	74	82	87	83	87	82
Schles.-Holst.	93	83	79	84	84	77	75	73	84	81	85
Thüringen	98	88	83	74	73	65	60	61	68	71	81
Deutschland	2.82	2.63	2.55	2.51	2.49	2.38	2.45	2.45	2.49	2.47	2.55

Quelle & Anmerkung: Ergebnisse des Mikrozensus, IT.NRW, () statistisch unsicher, eigene Rundungen

Literatur

- Amt für Statistik Berlin-Brandenburg. 2014. *Regionaler Sozialbericht Berlin und Brandenburg 2013*. Berlin.
- Bundesagentur für Arbeit. 2016. *Kinder in Bedarfsgemeinschaften. Juni 2016*. Nürnberg: Bundesagentur für Arbeit.
- Fuhr, Gabriela. 2012. Armutsgefährdung von Menschen mit Migrationshintergrund. *Wirtschaft und Statistik* 2012:549–563.
- Seils, Eric. 2016. *Einwanderung – Der Beitrag der Erwerbstätigkeit zur Integration*. WSI Verteilungsmonitor. Düsseldorf: WSI der Hans-Böckler-Stiftung.
- Seils, Eric, und Jutta Höhne. 2016b. Wie wirkt sich die Einwanderung auf die Armut aus. http://www.boeckler.de/pdf/wsi_vm_armut_migrationshintergrund.pdf (Zugegriffen: 21.9.16).
- Statistisches Bundesamt. 2015a. *Bevölkerung mit Migrationshintergrund - Ergebnisse des Mikrozensus. Fachserie 1 Reihe 2.2-2014*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Tophoven, Silke, Claudia Wenzig, und Torsten Lietzmann. 2016. *Kinder in Armutslagen. Konzepte, aktuelle Zahlen und Forschungsstand*. IAB Forschungsbericht 11/2016. Nürnberg.

